

## Liberales Argumente

- Nr. 26 / 24. April 2008 / 16. WP

- Rente

### **Die Rüttgers-Sockelrente: An den Realitäten vorbei gedacht**

**Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat sich für eine Rentenaufstockung für Geringverdiener ausgesprochen. Aus Sicht der FDP-Bundestagsfraktion ein willkürlicher, undurchdachter und ungerechter Ansatz.**

#### **Gegen die Rüttgers-Sockelrente spricht:**

1. Die Aufstockung der Renten von langjährig Versicherten (35 Beitragsjahre) ist nicht zielgenau. Denn warum sollen z. B. Personen mit 34 Beitragsjahren nicht gefördert werden?
2. Die Sockelrente nach 35 Beitragsjahren diskriminiert Arbeitslose und Erziehungsleistende. Bezieht man in die 35 Beitragsjahre auch Zusatzzeiten mit ein, wie Zurechnungszeiten für Kindererziehung oder Zeiten der Arbeitslosigkeit, dann wird die Maßnahme sehr teuer und hat nichts mehr mit der eigentlichen Beitragsleistung zu tun. Spart man diese Zeiten aus, dann diskriminiert man Arbeitslose und Kindererziehungsleistende, die meist keine 35 Beitragsjahre erreichen.
3. Personen mit wechselnden Biografien, die beispielsweise einmal selbständig waren, profitieren von diesem Modell nicht. Der Vorschlag entspricht daher nicht den Realitäten moderner Erwerbsbiographien.
4. Der Vorschlag geht an den wirklichen Problemgruppen (bspw. Solo-Selbständige, Erziehungsleistende), die von Altersarmut bedroht werden, vorbei. Sie müssen mit ihren Steuermitteln sogar noch die Absicherung der anderen finanzieren. Wer von den 27 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über 35 Beitragsjahre verfügt, wird meist relativ gut abgesichert sein, insbesondere wenn er noch über private und betriebliche Renten verfügt.
5. Der Vorschlag ist systematisch falsch, denn die gesetzliche Rente soll nach bisherigem Verständnis im Zusammenwirken mit privater und betrieblicher Vorsorge den Lebensstandard sichern, aber nicht alleine.

Zu fordern, alleine die gesetzliche Rente solle den Lebensstandard über Grundsicherungsniveau abdecken, entspricht daher nicht dem geltenden Recht, das auf eine 3-Säulen-Absicherung (gesetzliche, betriebliche und private Rente) abzielt.

6. Die Sockelrente erfordert, dass zusätzliche Milliarden in die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung gelenkt werden. Damit werden die heutigen Beitragszahler belastet. Kapitalgedeckte Rücklagen für die alternde Gesellschaft werden nicht aufgebaut. Die bessere Absicherung von Geringverdienern muss besser in der privaten und betrieblichen Vorsorge erfolgen.

### **Der FDP-Freibetragsvorschlag zur Alterssicherung für Geringverdiener:**

1. Die FDP schlägt vor (Antrag 16/7177), dass private und betriebliche Vorsorgeansprüche nur noch zum Teil auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. So lohnt sich für jeden die private und betriebliche Vorsorge, denn der, der vorsorgt, wird im Alter immer mehr übrig haben, als der der nicht vorsorgt. Der Freibetrag beträgt 100 Euro im Monat, darüber hinausgehende Renten werden zu 80 Prozent angerechnet.
2. Der FDP-Freibetragsvorschlag hat den Vorteil, dass die Vorsorge unabhängig vom Status als Selbständiger oder Angestellter fortgeführt werden kann. Der Vorschlag ist daher flexibel und entspricht modernen Erwerbsbiographien.
3. Der FDP-Freibetragsvorschlag ist zielgenau auf wirklich Bedürftige ausgerichtet.
4. Mit dem FDP-Freibetragsvorschlag werden anders als bei der Sockelrente keine willkürlichen Unterscheidungen und Stichtage eingeführt.
5. Der FDP-Freibetragsvorschlag berücksichtigt systematisch, dass die drei Säulen der Alterssicherung zusammen die Alterssicherung ergeben und nicht einzeln. Damit führt er nicht zu einem verengten Blick nur auf die gesetzliche Rente.
6. Zusätzlich fordert die FDP: Die Riesterrente soll auf alle Personen ausgedehnt werden. So kann man gerade bei Selbständigen das Altersarmutsrisiko gezielt bekämpfen.